

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode: 45. Rat 2004-2009 Sitzungsdatum: 08.09.2009 Niederschrift
--

Übach-Palenberg, den 08.09.2009

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll versammelte sich heute um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

Tagesordnung

- A) Öffentliche Sitzung**
1. Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
 2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung
 - 2.1. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 20.01.2009 aus öffentlicher Sitzung
 - 2.2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 10.02.2009 aus öffentlicher Sitzung
 9. Landstraße L240n
 - 9.2. Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 20.07.2009
 - 9.1. Antrag der CDU-Fraktion gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates vom 01.07.2009
 3. 41. Änderung des Flächennutzungsplanes - Feuerwehrgerätehaus Scherpenseel - hier: Aufstellungsbeschluss zur Änderung der Festsetzung "Fläche für die Landwirtschaft" in "Fläche für den Gemeinbedarf" Zusatz "Feuerwehr" und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
 4. Bebauungsplan Nr. 88 - Gürzelweg - 3. vereinfachte Änderung hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
 5. Bebauungsplan Nr. 109 - Waubacher Weg - hier: Erneute Vorstellung eines Planentwurfes und Anordnung der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung
 6. Hochwasserschutz in Nordrhein-Westfalen hier: Gewässerliste für Überschwemmungsgebiete nach § 112 Abs. 2 LWG NRW (§ 31 b Abs. 2 WHG)

7. Quarzsandtagebau Marienberg
- 7.1. Anregung nach § 24 GO NRW der Jungen Union Übach-Palenberg vom 20.05.2009 betr. Umgestaltung der Kiesgrube Marienberg zu einem offenen Ort der Freizeit für Jugendliche
- 7.2. Stellungnahme der Stadt Übach-Palenberg zum Antrag der Rheinischen Baustoffwerke vom 15.5.2009 auf Änderung des Abschlussbetriebsplanes
8. Überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Übach-Palenberg durch die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen
hier: Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt über die Prüfung der Jahre 2004 - 2007
10. Zuschuss zu dem Projekt "Brücke - Vertiefte Berufsorientierung" der AWO Service gGmbH und der Caritas Werkstatt Schierwaldenrath gGmbH
11. Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO betreffend Nachbesetzung im Wahlausschuss
12. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 12.1. Antrag der Kath. Kirchengemeinde St. Theresia Palenberg vom 26.08.2009 betreffend Bezuschussung der Umbaumaßnahme des kath. Kindergartens
13. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
- 13.1. Abgrabung Frelenberg - Antrag auf Abgrabung Frelenberg IV vom 06.08.2009
14. Einwohnerfragestunde
- B) Nichtöffentliche Sitzung**
15. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus nichtöffentlicher Sitzung
- 15.1. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 20.01.2009 aus nichtöffentlicher Sitzung
- 15.2. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 10.02.2009 aus nichtöffentlicher Sitzung
16. Genehmigung eines Eilbeschlusses gem. § 61 Abs. 1 Satz 1 GO betreffend die Zustimmung nach § 61 Abs. 4 SchulG zur Besetzung der Stelle einer Schulleiterin/eines Schulleiters an der GGS Palenberg
17. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 17.1. Pachtvertrag mit der Ev. Kirchengemeinde Frelenberg
18. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Bärbel Bartel	SPD	
Herr Sven Bildhauer	SPD	
Frau Roswitha Bischhaus-Trotnow		UWG
Herr Bernhard Brade	CDU	
Herr Thomas Dieckmann	UWG	
Herr Herbert Fibus	SPD	
Herr Fred Fröschen	CDU	
Herr Josef Fröschen	CDU	
Herr Peter Fröschen	CDU	
Frau Silvia Gillen	CDU	
Herr Gerhard Gudduschat	CDU	
Frau Norma Kuhlmeier	SPD	
Herr Leo Meertens	UWG	
Frau Petra Meyer	UWG	
Herr Herbert Mlaker	SPD	
Herr Hans-Georg Overländer	SPD	
Frau Eva Maria Piez	SPD	
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen	
Frau Vera Sarasa	UWG	
Herr Goetz Schneider	CDU	
Herr Wolfgang Schneider	SPD	
Herr Matthias Spätgens	SPD	
Herr Björn Utecht	B'90/Die Grünen	
Frau Corinna Weinhold	UWG	
Herr Heiner Weißborn	SPD	
Herr Hubert Wynands	CDU	

Nicht anwesende Stadtverordnete:

Herr Joachim Fröhlich	SPD
Frau Karin Fürkötter	SPD
Herr Hans-Josef Krawanja	SPD
Herr Gerd Streichert	SPD
Herr Jörg Ulrich	CDU
Herr Manfred Offermanns	

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski
Herr Beigeordneter für Planen und Bauen Volker Schlüter
Herr Kämmerer Bernd Schmitz
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek
Herr Stadtoberverwaltungsrat Hans-Peter Gätzen
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen

Schriftführerin

Frau Stadtoberinspektorin Kerstin Schade

Bürgermeister Schmitz-Kröll stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten, die Vertreter der Verwaltung, die Zuschauer und die Vertreter der Presse.

Bürgermeister Schmitz-Kröll schlug vor, den Tagesordnungspunkt 9 vorzuziehen, da speziell für diesen Punkt zahlreiche Zuschauer erschienen seien. Er betonte ausdrücklich, dass er dies nicht, wie ihm bereits unterstellt worden sei, vorschlage, damit die Protestplakate nur kurz gezeigt würden, sondern aufgrund der schon jetzt hohen Raumtemperatur.

Gegen diese Verfahrensweise erhob sich kein Widerspruch.

Bürgermeister Schmitz-Kröll schlug vor, für die heutige Sitzung des Rates Stadtoberinspektorin Kerstin Schade zur Schriftführerin zu bestellen.

Beschluss:

Stadtoberinspektorin Kerstin Schade wird zur Schriftführerin der Sitzung des Rates bestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Bürgermeister Schmitz-Kröll bat um Erweiterung der Tagesordnung betreffend des Punktes

17.1 Pachtvertrag mit der Ev. Kirchengemeinde Frelenberg

zu dem den Stadtverordneten die Sitzungsvorlage bereits zugegangen sei.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um folgenden Punkt erweitert:

17.1 Pachtvertrag mit der Ev. Kirchengemeinde Frelenberg

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

A) Öffentliche Sitzung

1 **Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung**

Stadtverordneter **Overländer** merkte an, dass es unter Tagesordnungspunkt 12 der Niederschrift der Ratssitzung vom 23.06.2009 nicht „Leiter des Jugendamtes“, sondern „Leiter des Kreisjugendamtes“ heißen müsse.

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Rates vom 23.06.2009 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2 **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse aus öffentlicher Sitzung**

2.1 **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 20.01.2009 aus öffentlicher Sitzung**

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 20.01.2009 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

2.2 **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 10.02.2009 aus öffentlicher Sitzung**

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates vom 10.02.2009 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

9 **Landstraße L240n**

Schriftführerin **Schade** verlas zunächst sowohl den Antrag der CDU-Fraktion vom 01.07.2009 als auch den Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 20.07.2009 (Die Anträge sind Bestandteil der Sitzungsunterlagen zu diesem Tagesordnungspunkt).

Stadtverordneter **Gudduschat** erklärte, dass der Antrag der SPD-Fraktion, eine Einwohnerversammlung durchzuführen, einstimmig beschlossen wurde. Um aber ein möglichst umfassendes Meinungsbild zu erhalten, rege die CDU-Fraktion nun an, nach der Einwohnerversammlung eine Bürger-

befragung durchzuführen. Er halte dies für sinnvoll, weil die gesamte Bürgerschaft von dieser Angelegenheit betroffen sei.
Die CDU-Fraktion habe Straßen.NRW bereits angeschrieben mit der Bitte, alle Planungen ruhen zu lassen. Als Antwort habe man mitgeteilt, dass sie die Arbeiten schon beendet und an die Zentrale weitergeleitet hätten.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass die SPD-Fraktion dies anders sehe. Man habe deswegen einen Antrag gestellt, sich eindeutig gegen die Fortführung der L 240 zu entscheiden. Der Landesbetrieb werde sich nicht darum scheren, wenn eine Partei ihn anschreibe; anders würde es sich wahrscheinlich verhalten, wenn dies vom gesamten Rat ausgehe. Stadtverordneter **Weißborn** befürchtete, dass, wenn man noch länger mit einer Entscheidung warte, der „Zug abgefahren“ sei. Die Bürger von Übach-Palenberg hätten seiner Meinung nach bereits eindeutig Stellung zu der Angelegenheit genommen.

Stadtverordneter **Weißborn** regte folgendes Verfahren an: Da der Antrag von SPD und Bündnis90/ Die Grünen wesentlich weiter gefasst sei, sollte zuerst über diesen Antrag entschieden werden.

Stadtverordnete **Weinhold** fragte, warum Stadtverordneter Weißborn es so eilig habe, wenn er sich so sicher sei, dass 5.000 Personen hinter ihm stünden.

Stadtverordneter **Weißborn** entgegnete, dass ihnen sonst die Zeit davonlaufe.

Gegen das von Stadtverordneten **Weißborn** vorgeschlagene Verfahren erhoben sich keine Einwände. Es wurde somit zunächst über den Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgestimmt.

9.2 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 20.07.2009

Beschluss:

Die Stadt Übach-Palenberg lehnt die Fortführung der L 240 von der L 232 bis zur L 47 ab. Eine entsprechende Entscheidung des Rates wird dem Landesbetrieb Straßen.NRW umgehend zugeleitet.

Abstimmungsergebnis:

**14 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen
6 Enthaltungen**

9.1 Antrag der CDU-Fraktion gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates vom 01.07.2009

Bürgermeister Schmitz-Kröll stellte fest, dass aufgrund der Entscheidung zum Antrag von SPD/ Bündnis90/Die Grünen der Antrag der CDU

hinfällig sei.

3 41. Änderung des Flächennutzungsplanes - Feuerwehrgerätehaus Scherpenseel -

hier: Aufstellungsbeschluss zur Änderung der Festsetzung "Fläche für die Landwirtschaft" in "Fläche für den Gemeinbedarf" Zusatz "Feuerwehr" und Anordnung des Beteiligungsverfahrens

Bürgermeister Schmitz-Kröll teilte mit, dass die vorliegende Beschlussempfehlung im Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss am 07.09.2009 einstimmig beschlossen worden sei.

Beschluss:

- 1. Für den im Übersichtsplan dargestellten Bereich wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB die 41. Änderung des Flächennutzungsplanes angeordnet. (Der Übersichtsplan ist Bestandteil der Sitzungsunterlagen und in der Urschriftensammlung enthalten.)**
- 2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 1 BauGB in Form einer Planaufgabe von einem Monat mit Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung durchgeführt.**
- 3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.**

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

4 Bebauungsplan Nr. 88 - Gürzelweg - 3. vereinfachte Änderung

hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens

Bürgermeister Schmitz-Kröll teilte mit, dass die vorliegende Beschlussempfehlung im Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss am 07.09.2009 einstimmig beschlossen worden sei.

Stadtverordneter **Gudduschat** teilte mit, dass die CDU-Fraktion die Änderung ausdrücklich begrüße, da hierdurch die betroffenen Bürger eine Verbesserung der Lebenssituation erfahren.

Beschluss:

- 1. Der Bebauungsplan Nr. 88 – Gürzelweg – wird im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB geändert. Für die Flurstücke Gemarkung Übach-Palenberg, Flur 59, Nr. 87, 88, 89, 90 wird das Bau-**

fenster in einer Tiefe von 15 m um 2 m verlängert, so dass in dieser Fläche zukünftig I-geschossige Anbauten z. B. Wintergärten möglich sind.

2. Der Änderungsentwurf wird beschlossen.
3. Der von der Änderung des Bebauungsplanes betroffenen Öffentlichkeit und den von der Planänderung berührten Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange wird gem. § 13 Abs. 2 BauGB Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

5 Bebauungsplan Nr. 109 - Waubacher Weg -

hier: Erneute Vorstellung eines Planentwurfes und Anordnung der Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

Bürgermeister Schmitz-Kröll teilte mit, dass die vorliegende Beschlussempfehlung im Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss am 07.09.2009 einstimmig beschlossen worden sei.

Beigeordneter **Schlüter** erklärte, dass Kollege Engels die aktuelle Überarbeitung des Vorentwurfes am 07.09.2009 vorgestellt habe. Der überarbeitete Vorentwurf sei auf die ursprüngliche Größe zurückgesetzt worden. Beigeordneter **Schlüter** erklärte weiterhin, dass die Parkplätze, die auf dem alten Plan noch vorhanden gewesen waren, auf dem neu überarbeiteten Plan nicht mehr abgebildet worden seien. Es sei nun eine kleine Spielfläche eingeplant. (Der aktualisierte Plan ist als Anlage 1 der Niederschrift beigefügt.)

Stadtverordneter **Gudduschat** teilte mit, dass die CDU-Fraktion den vorgestellten Änderungen zustimme.

Beschluss:

1. Der im Ausschuss vorgestellte Planentwurf wird zustimmend zur Kenntnis genommen.
2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit wird gem. § 3 Abs. 1 BauGB in Form einer Planaufgabe von einem Monat mit Gelegenheit zur Äußerung und zur Erörterung der Planung durchgeführt.
3. Die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wird gem. § 4 Abs. 1 BauGB durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

6 Hochwasserschutz in Nordrhein-Westfalen

hier: Gewässerliste für Überschwemmungsgebiete nach § 112 Abs. 2 LWG NRW (§ 31 b Abs. 2 WHG)

Bürgermeister Schmitz-Kröll teilte mit, dass die vorliegende Beschlussempfehlung im Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss am 07.09.2009 einstimmig beschlossen worden sei.

Beschluss:

Der Übach soll in die Gewässerliste für Überschwemmungsgebiete nach § 112 Abs. 2 LWG NRW (§ 31 b Abs. 2 WHG) aufgenommen werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

7 Quarzsandtagebau Marienberg

7.1 Anregung nach § 24 GO NRW der Jungen Union Übach-Palenberg vom 20.05.2009 betr. Umgestaltung der Kiesgrube Marienberg zu einem offenen Ort der Freizeit für Jugendliche

Stadtverordneter **Fröschen** teilte mit, dass er insbesondere wegen der Kollegen, die am 07.09.2009 nicht bei der Ortsbesichtigung anwesend gewesen wären, der Zurückstellung zustimme. Man solle sich für diese Entscheidung Zeit nehmen.

Beschluss:

Der Antrag der Jungen Union Stadtverband Übach-Palenberg wird vorläufig zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

7.2 Stellungnahme der Stadt Übach-Palenberg zum Antrag der Rheinischen Baustoffwerke vom 15.5.2009 auf Änderung des Abschlussbetriebsplanes

Da Unsicherheit über die Beschlussempfehlung des Stadtentwicklungs-

und Umweltausschusses bestand, verlas **Bürgermeister Schmitz-Kröll** diese aus der Niederschrift:

„Die Verwaltung wird beauftragt, der Bezirksregierung Arnsberg mitzuteilen, dass entsprechend des zwischen der Stadt Übach-Palenberg und den Rheinischen Baustoffwerken GmbH im Jahre 2001 geschlossenen privatrechtlichen Vertrages sich der Unternehmer verpflichtet hat, die Rekultivierungsplanung in Zusammenarbeit mit der Stadt, der Unteren und Oberen Landschaftsbehörde und anderen Fachbehörden zu erstellen. Da dies bislang nicht geschehen ist, wird die Verwaltung gleichzeitig beauftragt, eine Verlängerung der Frist zur Stellungnahme bis Mitte Dezember 2009 zu beantragen.“

Bürgermeister Schmitz-Kröll teilte mit, dass er sogar schon eine Zusage über die Verlängerung erhalten habe.

Beigeordneter **Schlüter** merkte an, dass in der Beschlussempfehlung eine redaktionelle Änderung vorgenommen werden müsse und zwar sei der Vertrag nicht 2001, sondern bereits 1996 geschlossen worden.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, der Bezirksregierung Arnsberg mitzuteilen, dass entsprechend des zwischen der Stadt Übach-Palenberg und den Rheinischen Baustoffwerken GmbH im Jahre 1996 geschlossenen privatrechtlichen Vertrages sich der Unternehmer verpflichtet hat, die Rekultivierungsplanung in Zusammenarbeit mit der Stadt, der Unteren und Oberen Landschaftsbehörde und anderen Fachbehörden zu erstellen. Da dies bislang nicht geschehen ist, wird die Verwaltung gleichzeitig beauftragt, eine Verlängerung der Frist zur Stellungnahme bis Mitte Dezember 2009 zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

8 Überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Übach-Palenberg durch die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen

hier: Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt über die Prüfung der Jahre 2004 - 2007

Stadtverordneter **Dieckmann** teilte mit, dass sich der Rechnungsprüfungsausschuss im Juni mit dem Prüfbericht beschäftigt und diesen wohlwollend zur Kenntnis genommen habe.

Beschluss:

Der Bericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Überörtliche Prüfung der Haushalts- und Wirtschaftsführung der Stadt Übach-

Palenberg durch die Gemeindeprüfungsanstalt Nordrhein-Westfalen wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 10 Zuschuss zu dem Projektkonzept "Brücke - Vertiefte Berufsorientierung" der AWO Service gGmbH und der Caritas Werkstatt Schierwaldenrath gGmbH
-

Beschluss:

Die Stadt Übach-Palenberg unterstützt das v. g. Projektkonzept nochmals, soweit hiervon Schülerinnen/Schüler an Schulen partizipieren, die in der Schulträgerschaft der Stadt Übach-Palenberg stehen. Für jede/n teilnehmende/n Schüler/in wird hierzu einmalig ein Zuschuss von 10,- € gewährt. Die noch fehlenden Mittel sind überplanmäßig bereit zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

- 11 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO betreffend Nachbesetzung im Wahlausschuss
-

Beschluss:

Folgende Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NW vom 07.07.2009 wird genehmigt:

„Als Ersatz für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Paul Josef Gerschel rückt auf Vorschlag der SPD-Stadtratsfraktion der Stadtverordnete Gerd Streichert als Beisitzer in den Wahlausschuss nach § 2 KommwahIG NW nach.

Als Ersatz für den verstorbenen Stadtverordneten Herbert Konrads rückt auf Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion der Stadtverordnete Peter Fröschen als Beisitzer in den Wahlausschuss nach § 2 KommwahIG NW nach.“

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

12 Erweiterungen zur Tagesordnung

12.1 Antrag der Kath. Kirchengemeinde St. Theresia Palenberg vom 26.08.2009 betreffend Bezuschussung der Umbaumaßnahme des kath. Kindergartens

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erläuterte, dass es sich bei dem beantragten Zuschuss in Höhe von 32.000 Euro um die Selbstbeteiligung der Kirchengemeinde handele. Alle anderen Kindergärtenträger hätten diese Eigenbeteiligung selbst getragen. Deswegen halte er diesen Antrag für problematisch. Zwar nenne die Kath. Kirchengemeinde als Begründung für ihren Antrag die Unkosten, die aufgrund der Maßnahmen an der Petruskapelle auf die Kirchengemeinde zukämen. Jedoch sollte man dies nicht miteinander vermischen. Auch der Kreis habe dazu geraten, dies einer gesonderten Bewertung zu unterziehen.

Stadtverordneter **Gudduschat** gab dem Ersten Stadtbeigeordneten Piotrowski Recht; wenn die Unkosten für die Karlskapelle ein Problem wären, dürfe man dies jedoch nicht mit dem Antrag auf Bezuschussung des Kindergartens vermischen. Seiner Meinung nach sei es doch so, dass Kindergärtenträger Rücklagen bilden müssten. Er fragte, wie es sich mit den Rücklagen verhalte.

Erster Stadtbeigeordneter **Piotrowski** erklärte, dass vorhandene Rücklagen angerechnet werden müssten.

Beschluss:

Der Antrag der Kath. Kirchengemeinde St. Theresia Palenberg vom 26.08.2009 betreffend Bezuschussung der Umbaumaßnahme des kath. Kindergartens wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

13 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Zur Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion bzgl. der Ergebnisse der Befragungsaktion DSL-Versorgung aus der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung gab Bürgermeister Schmitz-Kröll das Wort an Stadtoberverwaltungsrat Gatzen.

Stadtoberverwaltungsrat **Gatzen** erklärte, er habe hierzu einen Aktenvermerk anfertigen lassen. Er schlug vor, diesen Vermerk als Anlage dem Protokoll beizufügen. Zusammenfassend sei zu sagen, dass es die größten Anbindungsprobleme in Boscheln gebe. Ebenfalls problematisch sei es in Frelenberg und in Windhausen. Die genauen Zahlen seien dem Aktenvermerk zu entnehmen.

Stadtoberverwaltungsrat **Gatzen** führte weiter aus, dass die WFG mittlerweile die Initiative ergriffen habe. Für den Kreis Heinsberg stünden insgesamt 1,04 Millionen Euro zur Verfügung, die in das Leerrohrnetz fließen sollen. Für Übach-Palenberg hieße das eine Leerrohrverlegung von 3,24 km.

Bürgermeister Schmitz-Kröll stimmte dem Vorschlag von Stadtoberverwaltungsrat Gatzen zu, den Aktenvermerk als Anlage zum Protokoll zu nehmen. (Der Aktenvermerk ist als Anlage 2 der Niederschrift beigelegt.)

Stadtverordneter **Gudduschat** fragte, ob er es richtig verstanden habe, dass für Übach-Palenberg nur 3,24 km Leerrohr vorgesehen seien und ob dies dort verlaufen werde, wo es auch notwendig sei.

Stadtoberverwaltungsrat **Gatzen** erklärte, dass Erweiterungen von der Maastrichter Straße (Hauptverteiler der Telekom) zur Friedrich-Ebert-Straße, von der Friedrich-Ebert-Straße zur Jülicher Straße und von Windhausen nach Teveren vorgesehen seien.

Stadtverordneter **Gudduschat** entgegnete, dass somit aber Boscheln immer noch fehle.

Stadtoberverwaltungsrat **Gatzen** erklärte, dass auch noch Gespräche mit der Firma Accom laufen. Man sei noch mitten in den Verhandlungen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll sagte, dass zunächst einmal alle den Aktenvermerk lesen sollten. Anschließend könne man dieses Thema als offiziellen Tagesordnungspunkt in der nächsten Sitzung behandeln. Es handle sich heute immerhin nur um eine reine Anfrage, die mit dem Aktenvermerk zunächst beantwortet werde.

Stadtverordneter **Weißborn** stimmte Bürgermeister Schmitz-Kröll zu. Er betonte aber, dass es nicht nur um Leerrohre ginge, sondern um Verbindungen. Dies sollte vor der Haushaltsberatung geklärt werden.

Zur Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion bzgl. Haltestelle der Linie 433 in Boscheln aus der letzten Haupt- und Finanzausschusssitzung gab Bürgermeister Schmitz-Kröll das Wort an den Beigeordneten Schlüter.

Beigeordneter **Schlüter** erklärte, er habe Bürgermeister Schmitz-Kröll hierzu eine schriftliche Stellungnahme zur Verfügung gestellt. Bereits 1999 sei eine Bushaltestelle in der Friedensstraße schon einmal ein Thema gewesen. Damals wurde diese als nicht sicher angesehen. Technischer Angestellter Engels werde das Thema bei einem Gespräch mit dem Betreiber aber nochmals aufgreifen.

13.1 Abgrabung Frelenberg - Antrag auf Abgrabung Frelenberg IV vom 06.08.2009

Beigeordneter **Schlüter** teilte mit, dass Stadtverordnete Weinhold in der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses um Vorlage eines Planes gebeten habe.

Beigeordneter **Schlüter** stellte den Plan vor. Er erläuterte, dass die Firma Davids im östlichen Bereich der beantragten Abgrabungsfläche beginnen wolle. Der städtische Weg selber bleibe aber erhalten und werde nicht mit abgegraben. Es werde noch eine 3,5 Meter hohe Wallanlage an der westlichen Grenze der Abgrabung in Richtung der Bebauung errichtet, um den Lärmschutz sicherzustellen.

Bei erneuter Durchsicht der Planunterlagen sei aufgefallen, dass nicht nur die Abgrabungsfläche verändert worden sei, sondern auch Änderungen an dem Rekultivierungskonzept vorgenommen worden seien. Im nördlichen Bereich sei jetzt eine landwirtschaftliche Fläche eingeplant, die die Verbindung zwischen der zu rekultivierenden Fläche und dem Wurmatal unterbreche. Beigeordneter **Schlüter** vertrat die Auffassung, dass diese Änderung nicht in Ordnung sei.

Stadtverordneter **Weißborn** erkundigte sich, ob bei der Vornahme der dargestellten Änderung des Rekultivierungskonzeptes nicht der Stadtrat beteiligt werden müsse.

Beigeordneter **Schlüter** erläuterte, dass es zunächst nur um die neue Abgrabungsfläche ginge, die innerhalb des Gebietsentwicklungsplanes liegen müsse. Dies sei hier der Fall. Ob für die Änderung des Rekultivierungskonzeptes der Stadtrat zu beteiligen sei, müsse noch geklärt werden.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass der Abgrabungsantrag als solcher dem Beschluss des Rates vom 10.02.2009 entspreche und er somit das Einvernehmen erteilen werde. Die zusätzliche Änderung müsse noch geprüft werden. Diese sollte daher ausdrücklich vom Einvernehmen ausgenommen werden.

14 Einwohnerfragestunde

Von den anwesenden Einwohnern wurden keine Fragen gestellt.

Bürgermeister Schmitz-Kröll schloss um 19.01 Uhr die öffentliche Sitzung.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Schmitz-Kröll** um 19.08 Uhr die Sitzung.

Schmitz-Kröll
Bürgermeister

Schade
Schriftführerin